

GÖTTINGER BLÄTTER

04.2020

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

► Der Kitaplan

Die „Zukunftsplanung“ der Stadt Göttingen

Der zukunftsweisende Plan der Stadt Göttingen: Einfach abwarten!

Wer hätte das gedacht? Offensichtlich völlig überraschend wird aus U3 (Krippenkinder) ganz plötzlich Ü3 (Kindergartenkinder). Die Geburtenzahlen steigen seit 2014 (!) in Göttingen an, die Krippenkinder werden „groß“ und benötigen einen Platz im Kindergarten. Viele Eltern wünschen eine Betreuung in der Kindertagesstätte für ihr Kind. Denn bekanntermaßen entscheidet ja der frühe Beginn der Bildung über die späteren Chancen im Leben. Und natürlich entlastet der Kitabesuch die Eltern und ermöglicht eine Berufstätigkeit.

Im zweiten Bildungsbericht für Südniedersachsen vom September 2019 ist zu lesen: „Unabhängig von einer möglichen Steigerung der Betreuungsquote der unter 3-jährigen wird insbesondere auf die Stadt Göttingen eine weitere Herausforderung im Kita-Ausbau bei den 3-bis unter 6-Jährigen zukommen. Die nachwachsenden Altersjahrgänge (aktuell 0-3-Jährige) umfassen ca. 400 Kinder mehr als die aktuellen Einwohner*innenzahlen im Alter zwischen 3 und 6 Jahren“ (Zweiter Bildungsbericht Südniedersachsen, 2019, Seite 23). Entgegen aller Tendenzen steigt die Anzahl der Kinder, die eine Kindertagesstätte besuchen werden. Das heißt, das massiv das Angebot ausgebaut werden muss!“

In Göttingen kommen aber noch lange nicht alle Kinder in diesen doch eigentlich selbstverständlichen und zudem als Rechtsanspruch verbrieften Genuss.

Wie handelt aber nun die Stadt?

Brav und wie gesetzlich vorgesehen wird eine Kindertagesstättenbedarfsplanung erstellt, die jährlich fortgeschrieben wird. Hier wird der Bedarf prognostiziert und die geplanten Maßnahmen darstellt. Dazu zieht die Stadt die Wartelisten der Kindertagesstätten in den Stadtteilen heran sowie die prognostizierten Geburtenzahlen. Daraus werden Rückschlüsse für den Platzbedarf gezogen. Hierbei werden auch immer Planungen hineingeschrieben, die aber nie ausreichen. Die Zahlen

werden durch das Referat Statistik erhoben und bereitgestellt. Soweit – so gut!

Aber: Für aktuelle Methoden und damit eine angepasste Prognose fehlt leider das Personal.

Nun erwartet der wohlmeinende Bürger, dass die Stadt anfängt, entsprechend der vorhandenen, eigenen Prognose KITA-Plätze zu erstellen; möglichst schon mindestens ein Jahr im Voraus – soweit die Statistik dies erlaubt.

Aber: Pustekuchen! Die Stadt wartet auf Investoren, die in Göttingen gerne eine Kita errichten möchten und diese dann nach eigenem Ermessen an einen Träger übergeben.

Die Stadt selbst möchte keine neuen Kitas bauen und begründet dies mit dem Subsidiaritätsprinzip. Dieses Prinzip, welches öffentlichen Trägern den Vorrang vor staatlichem Handeln gibt, wird allerdings recht willkürlich angewendet, was in der Vergangenheit schon zu erleben war. Aber das ist natürlich fein für die Investoren, denn mit Kitagebäuden lässt sich trefflich Geld verdienen: Kitas sind langfristige Mieter und die Mieten werden von der Stadt gezahlt.

Hier ein Auszug aus einer Investoren-Internetseite, wobei dies aber noch nicht Praxis in Göttingen ist:

„Der am 30.06.2015 geschlossene xyz Kita Fonds bietet erstmalig privaten Anlegern die Möglichkeit sich an der Investition in deutsche Kindertagesstätten zu beteiligen und dabei von einem äußerst konservativen und nachhaltigen Beteiligungskonzept zu profitieren. Die Vorteile der Investitionen in Kindertagesstätten liegen auf der Hand. Durch bis zu 25-jährigen, inflationsgeschützten Mietverträge, die weit über die 11-jährige Fondslaufzeit hinauslaufen und zudem bis zu 100% staatlich abgesichert sind, ergibt sich eine extrem hohe Cashflow-Sicherheit, die seines gleichen sucht.“ (CS)

Mehr zum Thema auf S. 5

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2019.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Der Kitaplan	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. im Kreistag	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
GÖLinke Ratsinfo	11
Selbstkritik	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 05.2020
ist der 18. April.
Auslieferung am 24. April.

Veranstaltungen im April

Die bekannten Veranstaltungen im April sind wohl allesamt abgesagt. So auch der Ostermarsch in Göttingen. Wahrscheinlich wird sich dies im Mai fortsetzen.

Das Friedensforum plant – soweit die „objektive“ örtliche Tageszeitung dies zulässt – zum Ostersamstag eine Anzeige zum Thema Frieden in dieser Tageszeitung.

Geplant am 5. Mai:

„Deutschland als globale Militärmacht?“

AKKs Brandrede aus dem Nov 2019: Was, wenn das Wirklichkeit wird?

mit Martin Kirsch, Informationsstelle Militarismus (IMI),

19.00 Uhr, Holbornsches Haus, Rote Straße 34; Veranstalter: Göttinger Friedensforum u. Rosa Luxemburg Club



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Wie war das, als 1945 die US-Army nach Göttingen kam?

Als das Deutsche Reich längst in Trümmern lag, leisteten Wehrmacht und SS an vielen Orten den vorrückenden Alliierten noch heftigen Widerstand. Während bei der Zivilbevölkerung die Angst vor der Zukunft überwog, sehnten die Millionen von Gefangenen und Häftlingen ihre Befreiung herbei.

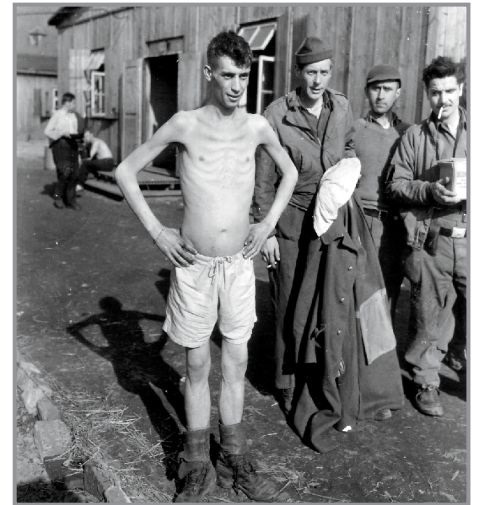
Am 8. April 1945 näherten sich Kampfeinheiten der 2d US Infantry Division dem kaum zerstörten Göttingen. Die NS-Führung forderte die Verteidigung der Stadt, was viele Opfer und schwere Schäden bedeutet hätte. Der Oberbürgermeister und zahlreiche Honoratioren konnten sich nicht zu einer Kapitulation durchringen. Dennoch rückten die Amerikaner fast kampfflos ein. Die Ereignisse dieser Tage und ihre unterschiedliche

Wahrnehmung werden in diesem Vortrag näher dargestellt.

Die Veranstaltung der VVN-BdA Kreisverband Göttingen sollte in Kooperation mit ver.di Göttingen stattfinden.

Der Vortrag von Dr. Martin Heinzelmann war für den 29. April 2020 im Holbornschen Haus geplant. Die Stadt Göttingen hat uns mitgeteilt, dass aufgrund der Vorsichtsmaßnahmen wegen des Corona-Virus die Veranstaltung in der Räumlichkeiten nicht möglich ist. Wir müssen deshalb die Veranstaltung absagen.

Die Veranstaltung mit Dr. Martin Heinzelmann wird auf jeden Fall nachgeholt. Ankündigung wird in den Göttinger Blättern erfolgen.



Ein abgemagertes, aber glücklicher Kriegsgefangener, der am 10. April 1945 von amerikanischen Soldaten in Duderstadt im Lager Steinhof, Euzenberg, befreit wurde.

Quelle: National Archives Washington, DC, RG 111

Absage – Leider! Duderstadt bei Kriegsende im April 1945 - Ende der NS-Herrschaft

Die für den 05. April 2020 vom „Bündnis gegen Rechts - Duderstadt bleibt bunt“ geplante Radtour durch Duderstadt muss leider abgesagt werden. Neuer Termin, wahrscheinlich im Juni, wird in den Göttinger Blättern veröffentlicht.

Zweitausend neue Mitglieder

Seit dem Entzug der Gemeinnützigkeit im November 2019 durch das Finanzamt Berlin hat die VVN-BdA 2.000 neue Mitglieder. Das ist eine tolle Reaktion von Antifaschistinnen und Antifaschisten auf den Angriff der Finanzverwaltung Berlin. Der Kreisverband Göttingen hat acht neue Mitglieder.

Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Am 08. Mai lädt der Kreisverband Göttingen der VVN/BdA um 17.00 Uhr zu einer Veranstaltung ein. Ort ist wie in den Vorjahren, das Denkmal für die Widerstandskämpfer gegen das Naziregime am Thomas-Buergenthal-Haus (Stadtbibliothek). Es soll kurze Redebeiträge geben und ein Blumengebilde niedergelegt werden. Anschließend wollen wir gemeinsam zum Roten Zentrum. Im Bereich des Ziegenmarktes - Lange Geismarstraße ist von der A.L.I. ein Straßenfest geplant. Um 18.30 Uhr ist ein gemeinsames Essen und 19.45 Uhr ein „Prost auf die Befreiung“ geplant.

► DGB startet Initiative für einmaligen arbeitsfreien Feiertag am 8. Mai 2020

Der Tag der Befreiung von Nationalsozialismus, Faschismus und Gewaltherrschaft jährt sich in diesem Jahr zum 75. Mal. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) schlägt deshalb vor, den 8. Mai 2020 in Niedersachsen zum einmaligen, gesetzlichen Feiertag auszurufen und mit einem feierlichen Staatsakt zu würdigen.

Der niedersächsische DGB-Vorsitzende Dr. Mehrdad Payandeh erklärt: „Spätestens nach Halle und Hanau ist ein deutliches Signal gegen Rechtsextremismus und Rassismus dringender denn je. Der 8. Mai war letztlich der Grundstein für unsere heutige Demokratie. An diesem Tag können wir gemeinsam als Gesellschaft ein deutliches Zeichen des Zusammenhalts und gegen Ausgrenzung und Diskriminierung setzen.“

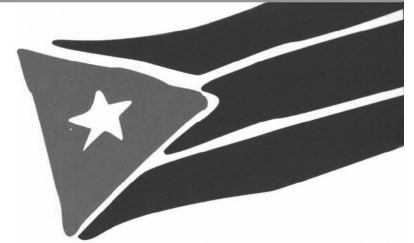
Ein vom DGB-Landeschef sowie den Vorsitzenden der acht niedersächsischen

DGB-Gewerkschaften unterzeichneter Aufruf lädt alle Kräfte der Zivilgesellschaft ein, sich der Forderung anzuschließen und diesen Tag gemeinsam zu würdigen. Die Initiative richtet sich an die Landesregierung, Verbände, Kirchen und Arbeitgeber.

Bereits im September 2019 hat der gewerkschaftliche Dachverband seine Forderung in einer Anhörung im Ausschuss für Inneres und Sport im niedersächsischen Landtag deutlich gemacht. Das Land Berlin hat den 8. Mai 2020 bereits als gesetzlichen Feiertag beschlossen. Im Land Bremen bekommt der 8. Mai in diesem Jahr den Rang eines Gedenktages. Dr. Mehrdad Payandeh Payandeh betont: „Es wird Zeit, zu handeln. Auch Niedersachsen kann ein Zeichen der Geschlossenheit für Demokratie setzen.“

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung

bis auf Weiteres keine Mitgliederversammlungen

▶ Kuba nimmt Reisende des britischen Kreuzfahrtschiffs MS Braemar mit Coronavirus zur Behandlung auf Erklärung des kubanischen Außenministeriums

Am 13. März bat die Regierung des Vereinigten Königreichs die kubanischen Behörden um Erlaubnis für das Kreuzfahrtschiff MS Braemar der Fred Olsen Linie mit einer kleinen Zahl an Passagieren an Bord, die den Coronarvirus (SARS CoV 2/Covid-19) aufweisen, an einem kubanischen Hafen anzulegen und um deren Rückführung auf dem Luftweg.

Angesichts der Dringlichkeit der Lage und der Lebensgefahr für die erkrankten Personen hat die Regierung Kubas beschlossen,

das Anlegen dieses Schiffes zu gestatten und die festgelegten sanitären Maßnahmen zu ergreifen, um alle Bürger an Bord unter den von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem Gesundheitsministerium Kubas etablierten Protokollen aufzunehmen.

Zusammen mit den britischen Behörden wurde organisiert, dass wenn die Reisenden des Kreuzfahrtschiffes im kubanischen Staatsgebiet angekommen sind, diese sofort in von Luftfahrtgesellschaften des Vereini-

gten Königreiches gecharterten Flügen in ihre Heimat gebracht werden.

Es sind dies Zeiten der Solidarität, Zeiten, die Gesundheit als ein Menschenrecht zu verstehen und die internationale Zusammenarbeit stärken, um unsere gemeinsamen Herausforderungen zu bestehen, Werte, die Teil der humanistischen Praxis der Revolution und unseres Volkes sind.

*Außenministerium Kubas
Havanna 16. März 2020.*

US-Sanktionen zum Trotz: Kuba hilft China erfolgreich mit erprobten Medikamenten gegen Corona

Weltweit laufen die Forschungen für einen Impfstoff gegen das neuartige Coronavirus Covid-19 auf Hochtouren. Nun hat ausgerechnet das unter US-Sanktionen leidende Kuba einen Erfolg vermeldet, der so gar nicht in das Bild passen will, das westliche Medien gerne von dem Karibikstaat malen, der dem Gesetz nach immer noch sozialistisch ist.

Die Sendung „Mesa Redonda“ die im staatlichen kubanischen Fernsehen ausgestrahlt wird, hat einen gewissen Ruf, denn zu seinen Lebzeiten zählte Revolutionsführer und Staatschef Fidel Castro zu den Stammgästen der Talkshow. Auch heute ist die Sendung ein wichtiges Sprachrohr für die kubanische Führung, wenn sie Wichtiges zu verkünden hat und sichergehen will, dass es auch außerhalb Kubas zur Kenntnis genommen wird.

In der Sendung vom 9. März traten Premierminister Manuel Marrero Cruz, sein Stellvertreter Roberto Morales Ojeda und Gesundheitsminister José Portal Miranda auf. Sie erläuterten ein Präventionsprogramm der kubanischen Regierung, das offenbar so wirksam ist, dass es auf der Karibikinsel bislang noch nicht zum Ausbruch von Covid-19 gekommen ist.

Doch die eigentliche Nachricht hatte Gesundheitsminister Miranda, nachdem er die Aufzählung der 3.100 Betten und 100 Plätze für Intensivtherapie, die auf Kuba aktuell zur Verfügung stehen, sollte der Virus doch noch auch diese Insel erobern, beendet hatte. Am Mittwoch waren zum ersten Mal drei italienische Touristen positiv getestet, aber sofort isoliert worden.

Die Anstrengungen der kubanischen Behörden, die Insel frei von Covid-19 zu halten, seien nicht einfach, erzählte Minister

Miranda, denn die erneuten Sanktionen der USA haben die kubanische Ökonomie empfindlich getroffen und damit die finanziellen Handlungsspielräume stark eingeschränkt. Dennoch, so Miranda weiter, das staatliche Unternehmen „Bio Cuba Farma“ forscht mit Hochdruck an einem Impfstoff gegen das neuartige Coronavirus. Offenbar so erfolgreich, dass die chinesische Regierung den Kubanern zutraut, etwas zu leisten, was normalerweise nur großen westlichen Pharmafirmen zugetraut wird.

Seit Januar 2020 produziert ein chinesisch-kubanisches Joint Venture namens Chang Chun Hai Bo Er (kurz: Chang-Heber) ein Präparat namens „Interferon 2B“. Dieses Medikament ist bereits in der AIDS-Therapie erfolgreich angewandt worden. Aber die kubanischen und vor allem die chinesischen Mediziner sind der Ansicht, dass „Interferon 2B“ auch in der Behandlung von Covid-19 entscheidend helfen kann. Jedenfalls hat die Chinesische Nationale Gesundheitskommission NHC das in Kuba entwickelte Medikament in jene Liste von 30 Präparaten aufgenommen, denen die chinesischen Behörden das Potenzial zuschreiben, sofort entscheidend bei der Behandlung von Covid-19-Patienten hilfreich zu sein. Denn es wurde bereits erfolgreich bei rund 1500 Covid-19-Patienten in China angewendet.

Kubas Gesundheitsminister verkündete auch, dass bei „Bio Cuba Farma“, für das immerhin rund 20.000 Mitarbeiter tätig sind, an einem antiviralen Wirkstoff namens „cigb 210“ geforscht wird, der im weltweit renommierten Fachmagazin „Journal of Immunoassay and Immunochemistry“ 2019 als ein „vielversprechender Anti-HIV-Wirkstoffkandidat“ eingestuft wurde. Beide Medikamente sind der Hoffnungsträger für die Kubaner, bei der Entwicklung eines Impfstoffs weltweit ganz vorne zu sein. Der Vorteil der zwei kubanischen Präparate ist, dass sie für die Behandlung von Atemwegserkrankungen bei HIV-Patienten bereits erfolgreich erprobt sind und sich sehr gut auch für Covid-19-Patienten anwenden lassen, die bekanntlich ebenfalls an einer Lungenerkrankung leiden.

Entsprechend stolz verkündete schon am 6. Februar 2020 der kubanische Staatspräsident Miguel Díaz-Canel Bermúdez auf dem offiziellen Twitter-Konto des Präsidialamtes:

„Das chinesisch-kubanische Werk Changheber in Jilin produziert ab dem ersten Tag des Chinesischen Neujahrsfestes das Interferon alpha (IFNrec) unter Verwendung kubanischer Technologie. Die Chinesische Gesundheitskommission hat unser Produkt unter denjenigen ausgewählt, die im Kampf gegen das Coronavirus eingesetzt werden.“



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ Angesichts der Corona-Pandemie erklärt Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP:

Die Zunahme von Erkrankungen aufgrund des Corona-Virus COVID-19 weltweit und auch in der BRD ist besorgniserregend. Die herrschende Klasse sorgt sich nicht um die Gesundheit der Bevölkerung, sondern nutzt die Situation einmal mehr für Ihre Interessen:

Plötzlich ist Geld ohne Ende da. Mit Kurzarbeit übernehmen die öffentlichen Kassen die Gehaltszahlungen von Unternehmen, private Banken dürfen ohne Ende an Krediten verdienen, die Risiken tragen nicht sie, sondern der Steuerzahler.

Der Einsatz der Bundeswehr im Innern ist nur ein kleiner Teil des Notstands, der sich im Schatten von Corona gut üben lässt. Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer verkündete in der Welt am Sonntag, dass die Reservisten mobilisiert seien, um Hilfe zu leisten. Was immer jetzt gebraucht werde, die Truppe helfe: „Auf die Bundeswehr können die Menschen sich verlassen“, so AKK.

Merkel, Spahn und Co. machen sich angeblich Sorgen um die Kapazitäten des Gesundheitssystems. Aber sie waren es, die im Auftrag des Monopolkapitals das Gesundheitssystem in ein Mittel der Profitmaximierung verwandelt haben. Unsere Solidarität gilt den Beschäftigten im Gesundheitswesen, die die Misere nun ausbaden und Höchstleistungen erbringen müssen, um den Menschen zu helfen.

Während Eltern mit Kindern angesichts der sicher sinnvollen Schließungen von Kindergärten und Schulen ohne Lohnfortzahlung dastehen und gezwungen sind Urlaub oder unbezahlten Urlaub zu nehmen, während prekär Beschäftigte ihre Arbeitsplätze verlieren und ihre Mieten nicht mehr zahlen können und kleine Selbständige vor der Pleite stehen, werden 500 Milliarden für die Sicherung deutscher Konzerne zur Verfügung gestellt.

Während die kulturelle und politische Betätigung eingeschränkt wird, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, wird die Anwesenheit am Arbeitsplatz erwartet und zwar nicht da, wo sie im gesellschaftlichen Interesse notwendig ist, sondern dort, wo sie die Profite sichert.

Die Maßnahmen, die von Bundes- und Landesregierung ergriffen werden, sind keineswegs angemessen, sondern erfolgen zugunsten des Monopolkapitals zu Lasten der lohnabhängig Beschäftigten und der Werktätigen insgesamt.

Wir fordern aktuell:

▶ Volle Lohnfortzahlung oder Ersatz des Verdienstausfalls für alle abhängig Beschäftigten und sonstigen Werktätigen, die aufgrund des Corona-Virus ihre Einnahmen verlieren, sei es aufgrund von Betreuung von Kindern oder anderen Angehörigen, Erkrankung, Quarantäne, chronischen Erkrankungen oder Betriebsschließungen.

Mitgliederversammlungen im April

Wir fürchten, dass unsere MV'en (7. und 21.4.) ausfallen werden.

Wir benachrichtigen aktuell per mail.

Der Sprecherkreis

▶ Sinnvolle Maßnahmen wie die Ausweitung der Telearbeit dürfen nicht zum Abbau von Schutzregelungen und entgrenzter Arbeitszeit führen.

▶ Sofortiger Ausbau des Gesundheitswesens, Personalaufstockung und Kontrolle der Pharmaindustrie.

▶ Die Kosten für die Bekämpfung der Pandemie sind durch die Konzerne zu tragen sowie durch eine massive Kürzung der Rüstungsausgaben.

▶ Sofortige Beendigung und nicht nur ein „Einfrieren“ des US-Kriegsmanövers „Defender 2020“. Neben der Kriegsgefahr und den Kosten, führt auch dieses zur einer weiteren unkontrollierten Verbreitung des Virus.

Lassen wir uns nicht einlullen vom Gerede der Herrschenden und Regierenden, dass „wir zusammenstehen müssen“. Nach wie vor gilt: Es gibt kein „Wir“ in der Klassengesellschaft.

Die Pandemie zeigt, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die grundlegenden Probleme der Menschen zu lösen. Wie es anders geht zeigen derzeit China und Kuba. In beiden Ländern wurden erhebliche Mittel in das Gesundheitssystem investiert. China und Kuba helfen unter anderem in Italien und Venezuela mit medizinischen Geräten und Spezialisten – das ist konkrete Solidarität.

Wir brauchen die Solidarität der Werktätigen auf allen Ebenen, von der internationalen Solidarität bis hin zur Solidarität und gegenseitigen Unterstützung im Stadtteil. Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen, kämpfen wir gemeinsam für unsere Rechte!

Termin vormerken!



**21. UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST DER DKP**

**DAS FEST DES FRIEDENS
UND DER SOLIDARITÄT**

28. - 30. AUGUST 2020

Essen, den 15. März 2020

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Telefonkonferenz donnerstags, 20.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Grone: Rund 300 Kita- und Krippenplätze fehlen!

Da die Stadt Göttingen es aber ablehnt, selbst aktiv zu werden und auf „Investoren“ wartet, liegt die zeitliche Planung der Bauten auch in deren Hand. Ein Beispiel dafür ist die im EAM Haus geplante kleine Kita, die seit mehreren Jahren auf sich warten lässt.

Die Kitaneubauten sind in der Regel in einen Bauplan eingebunden, das heißt: Wenn Quartiere neu entstehen oder saniert werden und ein städtebaulicher Vertrag geschlossen wird.

Die Stadt muss natürlich schauen, wie sie das für die Kitas zur Verfügung stehende Budget „einteilt“: Der Personalzuschuss kommt vom Land, deckt diese Kosten aber nicht ab. Investitionskosten für den Platzausbau werden zeitlich begrenzt aufgelegt und decken nicht den Bedarf an tatsächlichen Plätzen ab. Auch die Beitragsfreiheit für Kindergartenkinder muss finanziert werden. Defizite werden nur teilweise aufgefangen. „... Das Fördergeld reicht hinten und vorn nicht. Zudem gebe es keinen Rechtsanspruch auf Förderung des Landes, die lediglich nach Haushaltslage geschehe“, war am 23.12.2019 im GT zu lesen.

Das „Gute Kita Gesetz“ ist ab dem 1.1.2019 in Kraft. Der Bund sichert den Ländern bis 2022 knapp 5,5 Milliarden Euro (aus der Umsatzsteuer) zu. Die Bundesländer entscheiden dann, wie das Geld eingesetzt wird. Niedersachsen stehen 526 Millionen Euro zur Verfügung. Die Resolution des Niedersächsischen

Städtetages vom 25. September 2019 enthält umfangreiche Forderungen zu Kindertagesstätten in Niedersachsen. Unter anderem auch, um die Finanzierung und den Bau und den Betrieb von Kitas aus Bundes- und Landesmitteln langfristig zu sichern.

Im Kindergarten geht es auch um Qualität der Arbeit, um die Gruppengröße, Arbeitsbedingungen für die Erzieher*innen und natürlich um die Bezahlung. Ein weiteres großes Thema sind die fehlenden pädagogischen Fachkräfte und deren Ausbildungsbedingungen - ein ganz eigenes Themenfeld.

Ach, fast hätte ich es vergessen, da sind ja auch noch die Eltern der Kinder, die keinen Platz bekommen. Was sollen die eigentlich machen? Den Rechtsanspruch einklagen, wenn ihnen kein Platz zur Verfügung gestellt werden kann? Die Stadt müsste dann einen Erstattungsbetrag an die Eltern zahlen. Bisher sind in Göttingen keine Klagen bekannt geworden.

Wie könnte diese Misere abgestellt werden? Wie wird auf die Unterversorgung mit Plätzen reagiert? Ist bekannt, welche Folgen die Unterversorgung mit Einrichtungsplätzen für die Kinder und deren Familien mit sich bringt? Können den Eltern alternative Lösungen angeboten werden?

Ich denke, die Stadt muss ihre Anstrengungen zur Daseinsvorsorge, sehr

viel aktiver werden und ihre Möglichkeiten nutzen. Beim diesjährigen Ortsratsempfang im Februar in Grone teilte Frau Sterr, die Ortsbürgermeisterin, mit, dass für 640 gemeldete Kinder im Stadtteil im Alter von 1-6 Jahren 317 Krippen und Kitaplätze zur Verfügung stehen. Ein gutes Beispiel ist die geplante Kita auf dem Gelände der Bezirkssportanlage in Grone, die durch die Göttinger Städtische Wohnungsbau gebaut werden soll.

Die Göttinger Linke wird die Verwaltung auffordern, unverzüglich Übergangslösungen für die Versorgung der Kindergarten- und Krippenkinder zum Sommer 2020 zu schaffen.

Bereits im Mai 2019 hatte die Fraktion einen Antrag in den Jugendhilfeausschuss eingebracht. Inhalt: Die Verwaltung wird beauftragt, ein Sofortprogramm zu entwickeln, um den Kindern, die unter unangemessenen Bedingungen in dem Hochhauskomplex Groner Landstr. 9 a-c leben, tagsüber einen Aufenthalt außerhalb der Häuser zu ermöglichen und vorschulische Bildung sicher zu stellen.

Nun ist in der Kita Planung für den Sommer 2020 die Einrichtung einer Kindergartengruppe in der Astrid-Lindgren-Schule vorgesehen, in der auch die Kinder der Groner Landstraße betreut werden sollen. Also, ein ganz kleines Pflänzchen ist da gewachsen. Wobei noch zu klären ist, was „auch“ bedeutet und wie die Kinder diesen Ort erreichen können. (cs)

► Weit und breit keine Hochhäuser in Grone:

Maik Lindemann, Fachbereichsleiter (Fachbereich Planung, Bauordnung und Vermessung): „Nach meiner Kenntnis fallen die angesprochen Gebäude nicht unter den bauordnungsrechtlichen Begriff des Hochhauses.“





DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Montag, 27. April, 19:00 Uhr im Foyer des Roten Zentrums
Thema: Zur Geschichte des 1. Mai in Göttingen (Referent. Jo Bons)

Weitere Versammlungen und Veranstaltungen der Partei sind aufgrund des Corona-Virus zur Zeit nicht geplant.

1. Mai

Bei Redaktionsschluss ist völlig unklar, ob und inwieweit die alljährlichen Aktionen zum Tag der Arbeit überhaupt stattfinden können.

Bitte achtet auf Ankündigungen auf unserer Homepage bzw. durch den Newsletter.

► JHV des OV Altkreis Osterode

Auf der Jahreshauptversammlung des OV Altkreis Osterode am 26.2. zog Timo Rose als Sprecher eine insgesamt positive Bilanz der geleisteten Arbeit. Dabei ging er vor allem auf die Arbeit zur Verhinderung der geplanten Südharz-Fusion ein. Der anwesende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag Eckhard Fascher sagte hier weitere Unterstützung zu.

Timo Rose, der auch KSR-Mitglied ist, sowie Ilyas Cangöz (Ratsmitglied Herzberg) und Hanjo Rose (Walkenried) wurden als Sprecher des OV bestätigt. Hinzu gewählt wurde Teresa Cruz Avellanada (Bad Lauterberg).

Im Hinblick auf die nächste Kommunalwahl bekräftigte der OV, dass rechtsextremistische und rassistische Positionen in den Räten und der Öffentlichkeit nichts zu suchen haben.

Ausführlicher Bericht auf der Netzseite des OV:

<https://www.die-linke-goettingen.de/ortsverbaende/altkreis-osterode/detail/news/die-linke-altkreis-osterode-hat-einen-neuen-sprecherrat/>

Wir trauern um Konrad Kelm

Am 24.2. verstarb nach langer schwerer Krankheit unser Kreistagsmitglied Konrad Kelm. Einen Nachruf findet Ihr auf S. 10.

Für Konrad wird voraussichtlich Joachim Bons in den Kreistag nachrücken. Jo ist promovierter Sozialwissenschaftler und Sozialberater. Er ist auch Sprecher des Ortsverbandes Göttingen.

Corona kann mit darüber entscheiden, in was für einer Gesellschaft wir leben: Wird die soziale Spaltung drastischer oder tun wir das Richtige und stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt und stärken die Strukturen der Solidarität?

aus dem Beschluss des Geschäftsführenden Parteivorstands vom 16. März 2020: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteivorstand/2018-2020/beschluesse/detail/news/die-coronakrise-ist-eine-gesellschaftliche-krise-die-se-wollen-wir-solidarisch-bewaeltigen-was-jetzt/>

KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook
Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,
E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 20 - März 2020

EDITORIAL
Die Kreistagssitzung im März, bei der die Jungferrede der AfD-Abgeordneten Guth – 1 ½ Jahre vor dem Ende der Wahlperiode – nicht das Highlight war, hatte nicht nur zahlreiche Anträge unserer Gruppe zu bieten, sondern auch wichtige Weichenstellungen für viele Kreiseinwohner, insbesondere durch die Tarifreform im Verkehrsverbund Südniedersachsen. Bei dieser wurden wichtige Anliegen von uns aufgegriffen, was die Reform auch zu einem Erfolg für DIE LINKE macht.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 6.1 - Wir haben Platz in unserem Landkreis

Angesichts der unerträglichen Lage der Geflüchteten in Griechenland stellte unsere Gruppe den Dringlichkeitsantrag, umgehend zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen, wobei insbesondere Kinder und unbegleitete Jugendliche, Schwangere und traumatisierte Menschen zeitnah aufgenommen werden sollten.

Eingebracht wurde unser Antrag von Mohan Ramaswamy, der eine Dringlichkeit auch deshalb begründete, weil die Bundes- wie auch die Landesregierung bisher nicht gehandelt haben. Er kritisierte, dass man sich hinter dem Argument versteckt, bloß keine Alleingänge durchzuführen.

Unterstützung kam für uns aus den Reihen der Grünen. Fraktionsvorsitzender Worbes darauf hin, dass die EU sich bisher nur auf die Verstärkung der Grenzsicherung konzentrierte. SPD-Bonder dagegen strich – wie üblich – heraus, dass bei der Aufnahme Geflüchteter europäische Absprachen erforderliche seien. Die Ausflüchte blieben aber nicht nur allgemein – es gebe dann ja nach wie vor noch ungelöste Probleme – sondern es wurde auch konkret beklagt, die unbegleitete Minderjährige ja ungemein teuer seien, unter anderem weil ja eine sozialpädagogische Betreuung erforderlich sei.

Hans-Georg Schwedhelm wies noch darauf hin, dass SPD und CDU im Kreistag weniger zugestehen, als in Berlin beim Koalitionsausschuss beschlossen worden sei. Gleichwohl reichte die Unterstützung durch die Grünen nicht, dem Antrag zu einer Mehrheit zu verhelfen. Beschlossen wurde hingegen ein Antrag der SPD, der jedoch nur den Charakter einer Resolution besitzt und die Angelegenheit auf die lange Bank schiebt.

TOP 8 – Beflaggung der Kreishäuser anlässlich des IDAHOBIT

Am 17. Mai findet der Internationale Tag gegen Homo-, Bi, Inter- und Transphobie statt. Dieser erinnert seit 2005 jährlich an den 17. Mai 1990, den Tag an dem die Weltgesundheitsorganisation Homosexualität von der Liste der Krankheiten gestrichen hat. Unsere Gruppe nimmt dies zum Anlass, für diesen Tag die Beflaggung der Kreishäuser in Göttingen und Osterode mit der international verwendeten Pride-Fahne zu beantragen.

Rieke Wolters wies für unsere Gruppe darauf hin, dass immer noch Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie allgegenwärtig sind. Übergriffe und Gewalttaten gegen queere Menschen nehmen, auch in Deutschland, seit Jahren zu.

In der Debatte gab es aus den Reihen der CDU die Kritik, bei der Beflaggung öffentlicher Gebäude handele es sich um eine „hochhoheitliche Aufgabe“ und unser Vorschlag werde demgemäß „einer Behörde nicht gerecht“.

Von den Parteien mit modernerem Weltbild wurde jedoch Zustimmung signalisiert, Maria-Gerl Plein von den Grünen forderte gar, die Beflaggung zusätzlich am 26. Mai durchzuführen, was aber keine Mehrheit fand. Diese gab es aber für unseren Vorschlag.

TOP 9 – Hanau darf nicht folgenlos bleiben

In der Folge des Anschlags von Hanau am 19. Februar, bei dem neun Menschen von einem Rechtsterroristen ermordet wurden, brachte die Verwaltungsgruppe eine Resolution in den Kreistag ein, die darauf abzielt, die Bekämpfung rechtsextremer Netzwerke und Strukturen zum Schwerpunkt der Arbeit der Sicherheitsbehörden werden zu lassen.

Der Antrag wurde von unserer Gruppe voll unterstützt, wie Mohan Ramaswamy in seiner Rede ausführte, obgleich bei ähnlichen Anträgen von uns immer die Zuständigkeit angezweifelt werde.

Während Hans-Jürgen Mack für die SPD deutlich machte, dass der Rechtsextremismus die größte Bedrohung für die Demokratie ist und die AfD auch klar als geistige Brandstifter benannte, konnte es die CDU mal wieder nicht lassen, auch mal wieder DIE LINKE anzugreifen. Bis auf die beiden anwesenden Rechtsaußen stimmten alle Parteien der Resolution zu.

TOP 15 – Tarifreform im Verkehrsverbund Südniedersachsen

Ausgangspunkt für die Durchführung der Tarifreform war ein von unserer Gruppe bereits 2018 eingebrachter Antrag zur Einführung eines Sozialtickets. Die Idee wurde dabei mit anderen Vorschlägen, wie der Einführung eines 5-€-Tickets, als Grundlage für eine umfassende Reform der Tarifstruktur aufgegriffen.

Für DIE LINKE lobte demzufolge dann Andreas Gemmecke die gemeinsam mit den anderen Landkreisen im Verkehrsverbund auf den Weg gebrachten Verbesserungen. Der Landkreis Göttingen wendet nun fast 3 Millionen € jährlich für Tarifverbesserungen auf. Im Einzelnen handelt es sich um ein Jugendfreizeitticket ohne verpflichtende Basiskarte, 2-Wege-Azubi-Abo, Sozialticket verbundweit 35,00€, Seniorentickets, Preisstufe C im Binnenverkehr aller Zonen, Basis-Premium-Differenzierung Abos, 5,-€-Ticket, Anschlussticket, Rabattanhebung Kindertarif sowie eine Gruppenkarte preislich im Länderticketmodell. Die freie Fahrt für Schüler der Sekundarstufe II lässt dagegen noch auf sich warten.

TOP 16 Wieder kein Naturschutzgebiet

Wieder einmal ist ein FFH-Gebiet, nämlich der Iberg (Bad Grund) nur als Landschaftsschutzgebiet (LSG) und nicht als Naturschutzgebiet (NSG) ausgewiesen worden. Das Gebiet ist für den Schutz verschiedener Fledermausarten wichtig.

Erneut verwies Eckhard Fascher auf die Kritik der Naturschutzverbände. Es wäre fraglich, ob mit einem LSG eine Verschlechterung des Erhaltungszustands wie von der EU gefordert, verhindert werden kann. Leider setzten sich hier regelmäßig die Lobbyinteressen der Land- und Forstwirtschaft gegen denen des Naturschutzes durch. Als Einzige stimmten wir gegen die Planung.



► Langeweile, Vielfalt und Handlungsanreize

Zur Strategiedebatte in Kassel (29.2./1.3. 2020) von Manfred Engelbert

Die zur Strategiedebatte eingereichten unterschiedlichsten, engagierten und informierenden Beiträge (der Reader ist unter www.bit.ly/Strategiebeitraege2020 downloadbar) versprachen eine lebhaft Diskussions. Die Durchführung geriet dann allerdings eher nach dem Muster eines Schaulaufens, in dem vor allem die Mandatsträger wieder einmal die gewohnten Haupt- und Streitlinien nachzeichneten: Antikapitalismus (grundsätzlich oder/und parlamentarisch), Alleinstellungsmerkmale „Soziale Frage“ und „Friedenspolitik“, Verknüpfung von ökonomischen, angeblichen Verteidigungsinteressen (NATO) und Außenpolitik (Haltung gegenüber Russland) usf. Interessanter waren da schon vom Feminismus getragene Beiträge zur Kritik an einer nur auf Erwerbsarbeit bezogenen Strategie – und die eingeforderte Komponente einer der „gefährlichen Abstraktion“ entgegenwirkenden „Sinnlichkeit“ (gestützt auf die 3. These zu Feuerbach).

Relativ neu war die Zentralstellung von „Linke[m] Green Deal“ in der Hauptveranstaltung am Samstagabend, auch wegen der historischen Vorbelastung des Begriffs als „New Deal“ (F.D. Roosevelt, Maßnahmen zur Stabilisierung des Kapitalismus in den 30ern) oder auch als „Green New Deal“ von B90/GRÜNE. Die inhaltlich prägnantere, leicht in Nationalsprachen übersetzbare Formel „Öko-Sozialismus“ fand deutlich mehr Zustimmung. Unser Vorsitzender der Kreistagsfraktion Eckhard Fascher hat übrigens schon 2013 die Studie *Der erschöpfte Planet – Grundzüge eines ökologischen Sozialismus* verfasst (als pdf im Netz verfügbar). In der Debatte, die z.B. bereits im sehr gut besuchten Forum „Linke Wirtschaftspolitik“ einen Platz hatte, wurde denn auch immer wieder die Notwendigkeit einer umwälzenden Neugestaltung der Gesellschaft hervorgehoben, zu der nicht nur die sich aufdrängende ökologische Schadensbekämpfung gehöre. Die „Revolution“ sei ein langwieriger Prozess, der nach einer möglichen Eroberung ökonomischer Macht nicht zu Ende sei (etwa in der langfristigen

Umstellung internalisierter Konsumgewohnheiten). Mitglieder der Ökologischen Plattform Göttingen/Osterode machten zum Thema Elektromobilität vs. Wasserstoff darauf aufmerksam, dass Letzteres zwar irrsinnige Energieverschwendung sei, aber eine nationale Wasserstoffstrategie verfolgt werde, weil sie die Funktion eines trojanischen Pferdes für den Siegeszug der Atomindustrie erfüllen soll. Dies fand insbesondere bei Heinz Bierbaum (Präsident der Europäischen Linken/EL, Professor f. Betriebswirtschaft) ein positives Echo, so dass wir auf weitere Unterstützung hoffen können.

Die so begierig von einigen Medien aufgegriffene Bemerkung der, einen Augenblick lang unklugen, klugen Genossin Sandra Lust (BAG Betrieb und Gewerkschaft sowie BAG Klimagerechtigkeit) fiel in diesem Zusammenhang und sollte allzu forsche KlassenkämpferInnen auf die Schippe nehmen, die auf einer „Metaebene“ von punktuell geballter Gewalt träumten und in die Realität revolutionärer Prozesse zurückgeholt werden müssten. Wörtlich sagte sie: „Energiewende ist auch nötig nach `ner Revolution, und auch wenn wir das 1% der Reichen erschossen haben, ist es immer noch so, dass wir heizen wollen, wir wollen uns fortbewegen [aufgeregte Reaktionen im Publikum] - ja, is` doch so, wir müssen mal von dieser `Metaebene´ runterkommen.“ (ab Min. 43.27 des Mitschnitts von „Linker Green Deal – ein mögliches Zukunftsprojekt?“ auf der zit. Plattform).

Immer wieder wurde die Notwendigkeit nicht nur von Bildung als sozialem Faktor, sondern als innerparteilicher, politischer Notwendigkeit betont. Der böse Ausrutscher von Sandra unterstreicht diese Tatsache ebenso wie die eine oder andere Kontroverse. Unseren GenossInnen muss eine sichere, für die notwendige Kommunikation mit Sympathisanten klar formulierte und überzeugende Argumentation an die Hand gegeben werden. Die vom Landesverband Niedersachsen und insbesondere unserem Kreisverband vorgeschlagene deutliche Hervorhebung

des Steuerkonzepts unserer Partei („Die Linke lohnt sich!“) passt genau in diese Strategie: Umsetzung unseres Vorschlags einer „starken Progressivsteuer“ (psst, Karlchen und Friedrich im Manifest), die Einkommen der ausgebeuteten Mehrheit massiv begünstigt, um erst ab Einkommen über 7000,- Euro (!!!) zu Mehrbelastungen zu führen und das Gesamtvolumen von Steuereinnahmen derart zu erhöhen, dass die Finanzierung unserer ökologisch-sozialen Projekte sichergestellt wäre. Das von mehreren GenossInnen nahezu flächendeckend verteilte Flugblatt wurde sehr positiv aufgenommen. Zwar durchzieht die Steuerfrage eine große Anzahl der Debattenbeiträge, sie wird aber immer noch nicht als eines unserer Alleinstellungsmerkmale begriffen, das unmittelbare Betroffenheit in sich trägt, relativ leicht und überzeugend zu vermitteln ist und langfristige Perspektiven eröffnen kann (wer wird denn gleich von Gemeineigentum sprechen...).

Mein Fazit: DIE LINKE ist nicht schlecht aufgestellt, aber in puncto „innerer Solidarität“, „innerparteilicher Bildung“, „Brennpunktarbeit“ und „Arbeit an Zukunftsprojekten ausgehend von der alltäglichen Praxis“ (alles Formulierungen von Bernd Riexinger in seiner Abschlusserklärung) liegt noch Einiges vor uns, zu allererst vielleicht: für unsere Arbeit begeistern, für die wir jede Genossin und jeden Genossen (fast) jeden Tag dringend benötigen.

DIE LINKE.

Gemeinsam gegen Corona

Wenn es darum geht, die Ausbreitung des Corona-Virus zu verlangsamen und seine Auswirkungen zu begrenzen, sind wir alle gefordert. Nur gemeinsam und solidarisch können wir diese Herausforderung meistern - indem wir besonders verwundbare Bevölkerungsgruppen schützen, aber etwa auch, indem wir Beschäftigte und Erwerbslose finanziell absichern. Vor allem gilt es jetzt, das Gesundheitssystem dauerhaft krisenfest zu machen.

Alle Informationen zu den Hintergründen und aktuellen Entwicklungen gibt es auf unserer Themenseite.

<https://www.die-linke.de/themen/gesundheits-und-pflege/corona/>

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



► „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“

Zum 75. Jahrestag des Endes von Faschismus und Krieg in Deutschland

Im April und Mai 2020 jähren sich das Ende des Zweiten Weltkriegs und des deutschen Faschismus' zum 75. Mal. Am 8. April 1945 wurde Göttingen von der US-Armee befreit, am 9. April das Konzentrationslager Moringen. Am 11. April 1945 hießen die Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald die heranrückende US-Soldaten willkommen. Zuvor hatten Widerstandsgruppen der Häftlinge sich selber befreit und 76 fliehende SS-Leute festgenommen. Am 8. Mai 1945 kapitulierte schließlich das Deutsche Reich. Hitler war tot, die Nazis am Ende, der deutsche Faschismus besiegt. In Europa war der Krieg beendet. Die Gefangenen aus den Kerkern und Lagern waren endlich frei. Allein in der Region Göttingen wurden 11.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter befreit.

Für Millionen Menschen auf der Welt war und ist dieser Tag ein Grund zur Freude – buchstäblich ein Feier-Tag. Die Auschwitz-Überlebende und Ehrenvorsitzende der VVN-BdA Esther Bejarano forderte anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 2020, den 8. Mai auch gesetzlich zum Feiertag in Deutschland zu machen. Das würde helfen „zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war“.



bewaffnete Häftlinge in Buchenwald

Für Linke unterschiedlicher Strömungen, Parteien- oder Organisationszugehörigkeit ist der Bezug auf den Antifaschismus

und den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus ein identitätsstiftender Konsens. Jung und Alt, Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen nehmen das Vermächtnis der Häftlinge von Buchenwald an. Diese schworen am 19. April 1945 auf dem ehemaligen Appellplatz des Lagers: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Das Rote Zentrum ist ein Ort, an dem die Verschiedenheit der Linken zusammenkommt. Der Bezug auf die Geschichte und Werte der Arbeiter*innenbewegung und des antifaschistischen Widerstands ist für die Menschen, Gruppen und Parteien im Roten Zentrum eine der großen Gemeinsamkeiten. Nicht zufällig benannten Nutzer*innen-Gruppen und Bewohner*innen des Hauses die Lange-Geismar-Straße 2 im Jahr 2012 nach der Kommunistin und Antifaschistin Elisabeth „Lieschen“ Vogel. Die junge Frau hatte in Göttingen Widerstand gegen Nazis geleistet und war 1933 eine der Ersten, die in das Göttinger Polizeigefängnis in der Gotmarstraße und anschließend in das Konzentrationslager Moringen verschleppt wurden.

Rund um das Roten Zentrum planten verschiedene Initiativen für den 75. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg zahlreiche Veranstaltungen: ein Vortragsabend mit Ulrich Schneider (VVN-BdA) und eine Ausfahrt zur Befreiungsfeier in der Gedenkstätte Buchenwald. Eine mahnende Kundgebung an den Gedenksteinen für die Zwangsarbeiter*innen an der Bahnhofwestseite und die antifaschistischen Widerstandskämpfer*innen am ehemaligen Stadthaus. Ein fröhliches Fest mit antifaschistischem Abendessen auf der Straße vor dem Roten Zentrum am 8. Mai. Und und und. Alle diese Pläne liegen auf Eis, sind abgesagt oder verschoben: die aktuelle

Rotes Zentrum
keine Veranstaltungen im April

Kleiner Veranstaltungsraum Rotes Foyer

Ein großes Schaufenster lädt Passant*innen und Neugierige zu einem Blick in das Rote Zentrum ein. Neben der großen Beschriftung „Rotes Zentrum im Lieschen-Vogel-Haus“ lacht das stilisierte Gesicht der Göttinger Kommunistin und Antifaschistin. Renovierte Wände und Fußböden. Die neu angeschafften Tische und Stühle sind bequem und funktional. Vor allem lassen diese unterschiedliche Veranstaltungsformate zu: Plenum, Vortrag, Kneipenabend oder Café. Die Küche unterstützt das kulturelle und soziale Leben der politischen Nutzer*innen-Gemeinschaft.

Während die einzelnen Büros im Roten Zentrum von den jeweiligen Nutzer*innen-Gruppen finanziert werden, wird das Rote Foyer als Gemeinschaftsbereich und Aushängeschild von vielen Spender*innen getragen. Für die regelmäßige Miete wie auch für die aufwendige Renovierung sind Spenden weiterhin gerne gesehen:

Rotes Zentrum Göttingen e.V.
IBAN: DE68 5209 0000 0000 2292 02
BIC: GENODE51K51
Volksband Kassel Göttingen eG

Lage, ausgelöst durch den Umgang mit dem Corona-Virus, erzwingt dieses. Für die Ausrichtung linker Politik ergeben sich aus dieser neuen gesellschaftlichen Situation Gefahren, Aufgaben und Chancen. Für das antifaschistische Koordinatensystem, die Identität von Genossinnen und Genossen, bleibt es unverzichtbar, Jahrestage wie den 8. Mai würdevoll zu begehen. Am 8. Mai 2020 werden um 19 Uhr 45 die Sektgläser klingen: wenn es die Krisenentwicklung zulässt, gemeinsam im und vor dem Roten Zentrum. Wenn es die Lage erzwingt, als Vielklang auf Balkonen und in Wohnzimmern verteilt in der ganzen Stadt.



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Neubaugelbiet Holtenser Berg?!

Das geplante Neubaugelbiet am Holtenser Berg soll etwa 600 Wohneinheiten unterschiedlichster Art umfassen. Zu den ca. 4.000 Menschen des Stadtteiles kämen noch einmal 2.000 hinzu, in einem Gebiet, das häufig für Spaziergänge genutzt wird und dann zugebaut würde. Die dortige Bürger*innen*-initiative lehnt das Neubaugelbiet aber gar nicht grundsätzlich ab. Es wird kritisiert, dass die bisherige Verkehrsberuhigung der Europaallee aufgehoben werden soll, der Zugangsstraße zum Holtenser Berg, in deren Nähe sich ein Kindergarten und das Einkaufs- und Dienstleistungszentrum befinden und viele Kinder, aber auch Ältere, insgesamt viele hundert Menschen, leben. Auch würde ein Spielplatz und Grünflächen neuen Parkplätzen zum Opfer fallen.

Abhilfe würde eine zweite Zufahrtsstraße schaffen, wie sie von der BI zur Entlastung der Europaallee und als Bedingung für ein Neubaugelbiet gefordert wird. Eine zweite Zufahrt wäre am leichtesten über die Holtenser Straße „Unterm Hagen“ zu realisieren, die jetzt bereits für den Busverkehr genutzt wird und für PKW verboten ist. Dagegen wehrt sich aber der Ort Holtensen, der über einen Ortsrat und über aktive Parteigliederungen der früheren Volksparteien verfügt, die eine weitgehende Verkehrsberuhigung des Ortes durchgesetzt hatten.

Der Holtenser Berg hingegen zeichnet sich durch eine weit unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung und einen deutlich überdurchschnittlichen Anteil an Migrant*innen und auch Transferempfänger*innen aus. Ideal zur Realisierung von Projekten, die man sich im Ostviertel oder Geismar nicht trauen würde. Höhepunkt war, dass direkt vor der Vorstellung der Planung am 1.07.2019 bereits im Verwaltungsausschuss der Stadt dazu Beschlüsse gefasst wurden, bei der Veranstaltung aber der Eindruck entstand, dass alles offen sei. Immerhin demonstrierten am 6. September 2019 600 Menschen für die Forderungen der BI.

Rund 110 Teilnehmende besuchten am 6. März eine von der BI ausgerichtete Infoveranstaltung zum geplanten Neubaugelbiet mit Vertretern von GölLinken, SPD, Grünen und CDU. Schnell wurde deutlich, dass die Vertreter der CDU, Hans-Otto Arnold, und der Grünen, Rolf Becker, wenig Verständnis für die Sorgen der Bewohner des Holtenser Berges haben, während sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Tom Wedrins immerhin für das Vorgehen im Juli 2019 entschuldigte. Als Vertreter der GölLinken schlug Edgar Schu vor, die Straße Unterm Hagen zu öffnen. Eine direkte Verbindung wäre gut für die Infrastruktur beider Stadtteile und eine offizielle, verkehrsberuhigte Tempo-30-Straße ist nicht schlechter als eine illegale Rennstrecke. Rolf Becker

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dr. Eckhardt Fascher,
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347

GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

sprach sich für ein „ganzheitliches“ Verkehrskonzept aus. Nur zu. Sowohl 1998 als auch 2014 sind Buslinien abgeschafft oder verkürzt worden. Momentan existiert eine viertelstündliche Verbindung in das Stadtzentrum und eine halbstündliche nach Weende, wie wäre es mit einer Taktverdichtung und einer Linie zum Kaufpark und Grone?
e.f./e.schu

► Nachruf Konrad Kelm (21.04.1950 - 24.02.2020)

Am 24. Februar ist unser Kreistagsabgeordneter Konrad Kelm mit knapp siebzig Jahren nach längerer schwerer Krankheit gestorben.

Konrad wurde 1950 geboren, wuchs in Hannover auf und machte dort Abitur. Zum Studium kam er dann nach Göttingen, brach dies ab und lernte Schriftsetzer.

Konrad hinterlässt zwei erwachsene Söhne und eine Tochter.

Er wurde durch den Anschlag auf Rudi Dutschke 1968 politisch aktiv. Er engagierte sich im KBW, der größten maoistischen K-Gruppe in Göttingen und später im BWK, der dann in den neunziger Jahren in der PDS aufging.

Seit 1990 war Konrad maßgeblich am Aufbau der Linken Liste Göttingen, der

Vorläuferorganisation der Göttinger Linken und der damaligen PDS, beteiligt. Auch gelang es unter maßgeblicher Mitwirkung von Konrad, ehemals verfeindete linke Gruppen zusammen zu führen. Weggefährten beschreiben ihn als sehr konstruktiv bei der gemeinsamen Arbeit von linken Organisationen und Menschen. So ging die Gründung der Göttinger Blätter im Wesentlichen auf seine Initiative zurück.

Auch aus familiären Gründen zog sich Konrad dann ab 1995 in das Privatleben zurück, um sich dann ab 2014 erneut bei den LINKEN zu engagieren, für die er dann im Herbst 2016 in den Göttinger Kreistag gewählt wurde. Dort arbeitete er u.a. im Kulturausschuss mit. Neben der Kulturpolitik und damit auch der Kultur des Erinnerns

an die NS-Zeit waren seine Schwerpunkte sein leider vergeblicher Einsatz zum Erhalt der Kreismusikschule und vor allem für Flüchtlinge. So nahm er Flüchtlingsjugendliche bei sich auf und engagierte sich beispielsweise bei der Initiative Willkommen Flüchtlinge am Klausberg.

Im Herbst 2017 kandidierte er dann als Direktkandidat im Wahlkreis Göttingen für den Bundestag.

Im Kreistag war er oft sehr kämpferisch, zugleich schätzten auch die Kreistagsabgeordneten anderer Parteien seine liebenswürdige Art.

In seinem politischen Engagement verband Konrad soziales Denken mit einer tiefen Humanität. Konrad, wir werden Dich nicht vergessen!

(Der Text entspricht der Rede von Eckhard Fascher auf der Beerdigung am 13. März.)

Rede zum Nachtragshaushalt 2020. Von Rolf Ralle

Ich beginne meinen Kommentar zum Nachtragshaushalt mit den aus unserer Sicht positiven Korrekturen. Endlich haben wir es im Rat der Stadt Göttingen geschafft, die Arbeit von „Kore“ mit einer angemessenen Finanzierung für die Mädchenarbeit und den Mädchentreffpunkt zu versehen. An dieser Stelle unser Dank an alle Koremitarbeiterinnen für ihre bisher geleistete Arbeit.

Wir hoffen, dass der Rat heute beschließt die Finanzierungslücke im Haushalt des Kinder- und Jugendtelefons durch einen einmaligen Zuschuss von 13 000,- Euro zu schließen. Für den Doppelhaushalt 21/22 und 22/23 muss auch für diese, für Jugendliche wichtige Organisation eine sichere finanzielle Grundlage geschaffen werden.

Wir haben im Rat mehrheitlich für die Unterstützung der örtlichen Organisation von „Seebrücke“ gestimmt und sind Mitglied in diesem Netzwerk geworden. Leider hat die Zeit bis heute nicht gereicht, um die Gemeinnützigkeit der Organisation anerkannt zu bekommen. Alle formalen Schritte dazu sind von der Organisation erledigt worden, not die Entscheidung steht noch aus. Wir hoffen, dass die Mehrheit des Rates unter dem Vorbehalt, dass die Gemeinnützigkeit anerkannt wird, auch dem Zuschuss von 15 000,-Euro zustimmt.

Das Schulstättenentwicklungskonzept hat in der Bevölkerung für viele Diskussionen gesorgt. Wir haben einen großen Investitionsnachholbedarf, der mehr als 80 Millionen Euro beträgt. Alle die das EHP als Erfolg gefeiert haben können sicherlich erklären, warum.

Den vorliegenden Beschlüssen für den Nachtragshaushalt zum Konzept werden wir zustimmen. Es wird aber für die Haushalte ab 2021 viele Diskussionen darüber geben, welche Reihenfolge der anstehenden Investitionen es für die einzelnen Schulen geben wird. Für uns ist es ganz wichtig, dass im Rahmen dieser Diskussionen die Schulen nicht in den Hintergrund geraten, die nicht die Möglichkeiten wie die Sek I und die Sek II- Schulen haben. Dabei denken wir vor allem an die Grundschulen, die schon mehrere Jahre als Ganztagschulen arbeiten und die inklusive Beschulung durchführen sollen. Sie haben überwiegend nicht die räumliche Ausstattung, die sie für ihre tägliche Arbeit benötigen. Man kann nicht über Jahre täglich improvisieren, wenn man konzeptionell erfolgreich arbeiten soll.

Im Bereich Sport ist es für uns unverständlich, warum Teile des Maschparks verkauft wurden, obwohl es die GöSF jetzt schon nicht schafft allen Sportvereinen ausreichend Plätze zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren gibt es nach all den Jahren immer noch kein fertiges Konzept für das Städtische Museum, hier verschleppt die Verwaltung mit immer neuen Ausreden.

Ein großes Ärgernis, das auf kein Verständnis bei uns trifft, ist das Verhalten der Verwaltung bei der Wohnraumbeschaffung für Geflüchtete. Wir haben im beschlossenen Haushalt die Summe von 6 Millionen Euro für den Bau von Unterkünften bereitgestellt. Nicht für Massenunterkünfte. Nach den letzten Aussagen der Verwaltung gibt es keine Notwendigkeit mit diesen Mitteln Wohnraum zu schaffen. Wir haben in Göttingen laut Vortrag im letzten Sozialausschuss am Dienstag noch 42 freie Plätze zur Flüchtlingsunterbringung mehr, als wir für die Zuweisungsquote benötigen. Aber glauben sie tatsächlich, dass es angesichts der aktuellen Situation bei diesen Zahlen bleibt?

Sehen sie nicht die Situation im Mittelmeer?

Sehen sie nicht die Situation an der türkisch-griechischen Grenze?

Nehmen sie nicht die Diskussionen über die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen war?

Glauben sie wirklich, dass die europäischen Grenzen mit Gewalt abgeriegelt werden können?

Warum beginnen wir nicht mit der Vorbereitung zur Aufnahme von Geflüchteten, die völkerrechtlich legitim bei uns einreisen wollen?

Wer böse denkt, wird sofort auf die Idee kommen:

Das ist so gewollt. Wenn denn mehr Flüchtlinge kommen als geplant, müssen wir eine Massenunterkunft errichten. Wollten wir nicht, aber es bleibt kein anderer Weg. Wir geben unser Bestes!

Ist es das, was wir wollen? Wenn wir Wohnraum schaffen, der nicht von Geflüchteten benötigt wird, haben wir dann Geld verbrannt? - Nein!

Wir haben in Göttingen eine große Nachfrage an bezahlbarem Wohnraum. Wir könnten mit den 6 Millionen Euro einen kleinen Beitrag leisten, dieses für nicht wenige existenzielle Problem zu lindern und die Wohnungen als bezahlbaren Wohnraum anbieten. Deshalb: keine Containerwohnungen, sondern konventionellen Wohnungsbau.

Verfolgen Sie auf dem Wohnungsmarkt die Fusionsbewegungen der großen Immobiliengesellschaften, die den Wohnungsmarkt immer mehr in den Griff bekommen? Wann sind wir bereit, diesem etwas entgegenzusetzen? Wir haben nicht deren finanzielle Möglichkeiten, aber wir haben politische Möglichkeiten, wenn wir denn wollen!

Wir sind gespannt, was die Mehrheiten in diesem Rat aus den bisher beschlossenen Möglichkeiten macht.

Wir können einigen Teilhaushalten zustimmen, werden aber den Gesamtnachtragshaushalt ablehnen.

Kontakt Daten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon: 0551- 400 2347

goeLinke-

Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr

Di: 13:00 - 17:00 Uhr

Mi: 14:00 – 17:00 Uhr

Do: 13:00 – 17:00 Uhr



► Kein Internationaler Frauentag in den Göttinger Blättern

Kritik und Selbstkritik

Der internationale Frauentag fand – zumindest in der März-Ausgabe der Göttinger Blätter – nicht statt. Auf keiner einzigen der zwölf Seiten wurde er

auch nur erwähnt. Wenn nicht in der Februar-Ausgabe die Ankündigung der DKP-Veranstaltung im Roten Zentrum zum Thema „Betriebliche Verankerung des Frauenstreiktages“ gewesen wäre, könnte der/die geneigte Leser*in gut

zu der Meinung kommen, dass dies die Herausgeber* innen nicht interessiert. Und auch diese Veranstaltung war nicht gerade überfüllt!

Woran liegt's? Sind „wir“ tatsächlich soweit weg vom Thema?

► Und ein rundes Jubiläum

Diese Postkarte, die an einen wahrscheinlich vollkommen vergessenen bzw. verdrängten Beschluss des Bundestages erinnert, wurde herausgegeben von „ohne Rüstung leben“, Arndtstr. 31, 70179 Stuttgart. Sie ist gerichtet an den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Wolfgang Schäuble und fordert diesen auf, sich dafür einzusetzen, dass:

► der Bundestagsbeschluss zum Abzug



der US-Atomwaffen aus Deutschland umgesetzt wird,

► die Bundesregierung einen konstruktiven Dialog mit der Zivilgesellschaft über Abrüstungsbemühungen sucht,

► Deutschland dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft.

► Corona-Ausgabe Nr 1

Dies ist die erste Ausgabe der Göttinger Blätter in den Zeiten von Corona. Und es ist zu fürchten, dass noch etliche Ausgaben zu diesen „Zeiten“ zählen werden. Doch ich denke, es ist gut und auch wichtig, dass die Göttinger Blätter „ins Haus“ kommen, da es ja auch noch anderes als Corona gibt – wie ja auch auf

den Seiten dieser Ausgabe deutlich wird: Politische Veranstaltungen sind abgesagt oder werden abgesagt (Ostermarsch und vermutlich auch der 1. Mai), kollektive Diskussionen über die politische Lage und die weitreichenden Folgen der Corona-Krise sind – aus guten Grund – nicht bzw. kaum möglich. Alle Gesetze zur

Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten, die wir erleben oder noch erleben werden, werden nie wieder zurückgenommen werden.

Für diese Ausgabe danken wir - neben den Schreiber*innen der vorherigen Seiten - vor allem den Grobianen, die den Versand ermöglicht haben.